

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke,  
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der  
CDU/CSU  
sowie der Abgeordneten Annette Faße, Renate Gradistanac, Clemens Bollen,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/12101 –**

### **Barrierefreien Tourismus weiter fördern**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Katrin Kunert,  
Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/10317 –**

### **Barrierefreier Tourismus für alle in Deutschland**

#### **A. Problem**

Zu Nummer 1

Barrierefreiheit soll ein Markenzeichen des Tourismus in Deutschland werden, fordern die Fraktionen der CDU/CSU und SPD in ihrem Antrag auf Drucksache 16/12101. Busse, Bahnen, Flugzeuge, öffentliche Gebäude und Hotels sollen nach Möglichkeit auch für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich sein. Das Gleiche gilt für die gesamte Servicekette von Reisebuchungen über An- und Abreise bis zu Unterkunft und Freizeitangeboten. Ziel sei es, ein möglichst selbständiges Reisen für alle Menschen zu ermöglichen. Barrierefreies Reisen bilde einen wichtigen Bestandteil der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und sei somit ein wichtiger Schritt auf den Weg zur Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen. Diese wollten keine Spezialangebote, sondern Angebote im Sinne eines „Tourismus für Alle“. Barrierefreiheit komme darüber hinaus nicht nur Menschen mit Behinderungen zugute, Barrierefreiheit sei ein zukunftsfähiges Qualitätsmerkmal und steigere den Komfort für alle Reisenden. Barrierefreie Angebote nützen auch Familien mit kleinen Kindern und Kinderwagen, Personen mit vorübergehenden Unfallfolgen sowie mobilitätseingeschränkten älteren Menschen. Dies sei insbesondere beachtenswert, weil die Zahl älterer Menschen in der Bevölkerung in den kommenden Jahren steigen werde.

Zu Nummer 2

Die Fraktion DIE LINKE. will mit ihrem Antrag auf Drucksache 16/10317 erreichen, dass die Förderung des barrierefreien Tourismus in der deutschen Tourismuspolitik als durchgängiges Prinzip weiter und noch intensiver betrieben wird. Sowohl Einheimische als auch Reisende sowie Menschen mit und ohne Behinderungen profitierten davon. Barrierefreier Tourismus erfahre durch die demographische Entwicklung und das wachsende Verständnis für Barrierefreiheit als touristisches Qualitätsmerkmal eine zunehmende Bedeutung. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, entlang der gesamten touristischen Servicekette an einer flächendeckenden, nachhaltigen, strategischen Planung für Barrierefreiheit zu arbeiten. Auf das Angebot der Deutschen Bahn soll die Regierung einwirken, damit Bahnhöfe und Reiseangebote barrierefrei ausgebaut werden. Über die Nationale Koordinierungsstelle „Tourismus für Alle“ sowie über das Deutsche Seminar für Tourismus oder andere Anbieter sollte die Aus- und Weiterbildung für Personal und Management im Hinblick auf barrierefreien Tourismus erweitert werden. Ausbildungspläne von Berufs-, Fach- und Hochschulen sollten die Themen Barrierefreiheit, demografischer Wandel und Senientourismus aufgreifen. Das Ziel müsse ein „generationengerechter“ Tourismus sein, der für Ältere genauso attraktiv ist wie für Jüngere oder für Menschen mit Behinderung.

## **B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Annahme des Antrags auf Drucksache 16/12101 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10317 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/12101 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/10317 abzulehnen.

Berlin, den 18. März 2009

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Marlene Mortler**  
Vorsitzende

**Jürgen Klimke**  
Berichterstatter

**Renate Gradistanac**  
Berichterstatterin

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatterin

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichterstatter

**Bettina Herlitzius**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Renate Gradistanac, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

### 1. Überweisung

Zu Nummer 1 – Antrag auf Drucksache 16/12101

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 208. Sitzung am 5. März 2009 den Antrag auf **Drucksache 16/12101** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

Zu Nummer 2 – Antrag auf Drucksache 16/10317

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 179. Sitzung am 25. September 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/10317** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1 – Antrag auf Drucksache 16/12101

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 89. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 82. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 83. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 86. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 80. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE

LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 80. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 75. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Nummer 2 – Antrag auf Drucksache 16/10317

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 89. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 118. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 82. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 83. Sitzung am 18. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 16. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die beiden Anträge auf Drucksachen 16/12101 und 16/10317 in seiner 74. Sitzung am 18. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/12101 anzunehmen. Der Ausschuss hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/10317 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, Ziel des Antrages sei es, die barrierefreie Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur verstärkt zu fördern und Anbieter von Verkehrsdienstleistungen auf eine bessere barrierefreie Zugänglichkeit der Verkehrsmittel und Einrichtungen hinzuweisen. Viele Tourismusanbieter hätten sich in den vergangenen Jahren zunehmend auf mobilitätseingeschränkte Gäste eingestellt und beispielhafte Angebote geschaffen. Dennoch stießen insbesondere Menschen mit Behinderungen immer wieder auf vielfältige Probleme bei der Planung und Durchführung von Reisen. Barrierefreiheit solle ein Qualitätsmerkmal des Deutschlandtourismus werden. Dies sei aber nicht nur Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, sondern hier müssten alle Ressorts an einem Strang ziehen. Barrierefreiheit sei letztlich eine Querschnittsaufgabe. Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Herstellung bzw. Verbesserung der Barrierefreiheit sollten nicht nur bekannter gemacht werden, sondern es müsse geprüft werden, ob die vorhandenen Programme nicht mit weiteren Fördertatbeständen verbessert werden könnten.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das Thema Barrierefreiheit seit mehreren Legislaturperioden kontinuierlich auf der Agenda stehe. In Deutschland sei sicherlich schon einiges erreicht worden, aber vor allem im Hinblick auf den demographischen Wandel müsse die Entwicklung und Umsetzung von barrierefreien touristischen Angeboten mit Leidenschaft verfolgt werden. Der Antrag nehme viele Gedanken aus der Studie „Zukunftstrends im Tourismus“ des Büros Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) auf, entwickle sie weiter und bringe sie als Forderung in diesen Antrag ein. Im Antrag werde u. a. gefordert, die Nationale Koordinierungsstelle Tourismus für Alle e. V. (NatKo) finanziell stärker zu unterstützen und zu einem Kompetenzzentrum für barrierefreies Reisen weiter zu entwickeln. Die NatKo sei maßgeblich an der Sensibilisierung und Schulung touristischer Leistungsträger beteiligt und schöpfe ihre Kraft aus dem Engagement ihrer Mitglieder, vor allem ihres Vorsitzenden. Ein gemeinsamer Antrag mit der Fraktion DIE LINKE. werde aus praktischen Gründen nicht für zielführend gehalten. Davon unbenommen könne die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** verwies zunächst darauf, dass die Liberalen bereits im Jahr 2001 zum barrierefreien Tourismus eine Große Anfrage gestellt hätten, die das Ziel verfolgt

habe, den barrierefreien Tourismus nicht durch mehr Vorschriften zu fördern, sondern die wirtschaftliche Bedeutung herauszustellen. Obwohl die Liberalen das Anliegen der Barrierefreiheit natürlich unterstützten, enthalte der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD einige Aussagen, die nicht gutgeheißen werden könnten. So werde gleich auf Seite 1 das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als wichtiger Meilenstein bezeichnet. Die Liberalen seien da völlig anderer Ansicht. Das Gleichbehandlungsgesetz bringe mehr Bürokratie und helfe denen, die es schützen solle, nicht. Weiter werde die Arbeit der Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für Alle (NatKo) dargestellt und gelobt. Die NatKo sei mit ihrem Etat beim Bundesgesundheitsministerium angesiedelt. Die Fraktion der FDP vertrete seit langem die Auffassung, dass Haushaltstitel, die den Tourismus betreffen, mit in den Haushalt des Wirtschaftsministeriums aufgenommen werden müssten. Beim Koalitionsantrag werde man sich daher enthalten.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde abgelehnt, weil er mit seinen weitgehenden Forderungen nach Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes mehr Bürokratie nach sich ziehe, ohne den Betroffenen wirklich zu nützen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, dass sich die Koalition in ihrem Antrag etliche Gedanken aus dem schon länger vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Eigen gemacht habe. Wenn es schon so weitgehende Übereinstimmungen gebe, sei es sehr bedauerlich, dass die Koalitionsfraktionen keinen gemeinsamen Antrag mit der Fraktion DIE LINKE. ins Plenum einbringen wollen. Es gehe an dieser Stelle schließlich nicht um ideologische Fragen, sondern darum, den Menschen zu helfen. In diesem Zusammenhang wolle man nicht verhehlen, dass es wünschenswert sei, wenn Verbesserungen aufgrund freiwilliger Vereinbarungen geschaffen würden, anstatt durch Gesetze. Allerdings zeige die Lebenswirklichkeit, dass sich die Dinge oft erst dann bewegen, wenn der Gesetzgeber Regeln erlasse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sah den Antrag der Koalitionsfraktionen kritisch und stimmte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu, weil dieser differenzierter sei und dem eigenen Antrag (Drucksache 16/9315) näher komme. Bei den Anforderungen an die Barrierefreiheit gehe es nicht nur um Mobilitäts- und Unterkunftsfragen, sondern Barrierefreiheit müsse die gesamte Dienstleistungskette im Tourismusbereich umfassen. Dazu gehörten unkomplizierter Gepäcktransport sowie lesbare, leicht verständliche und auch hörbare Reiseinformationen. Letztlich müsse die komplette Reisekette von Tür zu Tür für jeden nutzbar sein. Barrierefreiheit sei gerade angesichts einer alternden Gesellschaft ein zukunftsfähiges Qualitäts- und Komfortmerkmal.

Berlin, den 18. März 2009

**Jürgen Klimke**  
Berichterstatter

**Renate Gradistanac**  
Berichterstatterin

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichterstatter

**Bettina Herlitzus**  
Berichterstatterin





